
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 5

Kreistag

am 23.09.2008

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla

Klaus-Dieter Bröckling

Brigitte Cziehso

Martina Eickhoff

Bernd Engelhardt

Ursula Erdelkamp

Hartmut Ganzke

Karin Goddinger

Jens Hebebrand

Claudia Isenberg

Wolfgang Kerak

Dirk Kolar

Ursula Lindstedt

Hans-Jörg Piasecki

Theodor Rieke

Hildegard Rüwald

Detlef Schwerdt

Jörg Sieger

Heinz Steffen

Simone Symma

Walter Teumert

Monika Töpfer

Manuela Veit

Brunhilde Weinhold

Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Hanne-Luise Schacht
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. II

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion

Herr Dr. Schiebold, L. KfP
Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Vertreter der Presse
interessierte Bürgerinnen und Bürger
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass es einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2008 zur „Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna“ gebe. Er sehe die Dringlichkeit des Antrages als gegeben an und werde ihn unter Punkt 20 der Tagesordnung behandeln. Die weiteren Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben. Sonstige Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

135/08

Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen für den ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW

Punkt 2

150/08

Bericht des Landrats über Verhandlungen mit dem RVR

Punkt 3

141/08

Vorlage der Jahresrechnung 2007

Punkt 4

118/08

Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna
zu den Stichtagen 01.01.2007 und 01.01.2008

Punkt 5

Budgetbericht

Punkt 5.1

108/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2008

Punkt 5.2

146/08

Ergänzung des Budgetberichtes zum Stichtag 30.06.2008

- Anpassung der Investitionsplanung 2008
- Wirkungen der haushaltswirtschaftlichen Sperre des Kämmerers
- zusätzliche Einsparmöglichkeiten im Haushalt 2008

Punkt 5.3

149/08

Investitionsplanung für den Haushalt 2008 (DRSNr. 124-1/08)

- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008

Punkt 6

147/08

Verbesserung der Finanzausstattung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Punkt 7

116-1/08

Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Punkt 8

139/08

Ersatzwahlen

Punkt 9

120/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten nach dem SGB II und SGB XII

Punkt 10

121/08

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

Punkt 11

123/08

Regionale arbeitsmarktpolitische Kompetenz sichern und ausbauen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2008

Punkt 12

131/08

Änderung der Satzung des Jugendamtes

Punkt 13

153/08

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) zur Finanzierung der „Koordinationsstelle Frau und Beruf“

Punkt 14

142/08

Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes im Zuge der B 236, der L 835 und der K 6 in Selm
- Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Stadt Selm

Punkt 15

102/08

Landschaftsplan Nr. 8 „Raum Unna“
Prüfung der während des eingeschränkten Beteiligungsverfahrens vorgebrachten Anregungen und Bedenken sowie Satzungsbeschluss

Punkt 16

136/08

Klimaschutzprogramm

Punkt 17

113/08

Bestellung eines Beschäftigten zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes

Punkt 18

152/08

Bestellung einer Kreisamtfrau zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Punkt 19

151/08

Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters gem. § 34 Abs. 1 FSHG

Punkt 20

„Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna“

- Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2008 -

Punkt 21

Fragestunde für Einwohner

Punkt 22

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 23

101/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe der Rohbau- und Spezialtiefbauarbeiten -

Punkt 24

138/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe der Aufträge für die Lüftungs- und Elektroarbeiten -

Punkt 25

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

135/08

Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen für den ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW

Erörterung

Herr Jasperneite berichtet, dass die CDU-Fraktion eine finanzielle Förderung von Klimaanlage nicht für sinnvoll erachte. Deshalb habe er im Kreisausschuss beantragt, diesen Spiegelstrich in der Richtlinie zu

streichen, was von der Ausschussmehrheit allerdings abgelehnt worden sei. Trotz der Tatsache, dass nunmehr auch Klimaanlage förderfähig seien, werde seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau Cziehso betont, dass es sich bei dem in der Richtlinie genannten Betrag von 10.000 Euro nicht um die Fördersumme für Klimaanlage, sondern um die förderfähigen Kosten handele. Aus Sicht ihrer Fraktion sei eine solche Klimaanlage in Bussen ein Qualitätsmerkmal für Fahrgäste und auch Mitarbeiter, auf das keinesfalls verzichtet werden sollte.

Herr Gabriel erklärt für die Gruppe DIE LINKE., dass man dem Beschlussvorschlag folgen werde. Kritisch sehe man allerdings das ÖPNV-Gesetz NRW, das eine offene Subvention für die privaten Unternehmer darstelle. Es sei aus seiner Sicht zu befürchten, dass aus dem ÖPNV Schritt für Schritt ein privater Personennahverkehr würde, der weitere Streckenausdünnungen nach sich ziehen werde.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte „Richtlinie des Kreises Unna zur Förderung von Fahrzeugen für den ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW“ für die Jahre 2008 bis 31.12.2010.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

150/08

Bericht des Landrats über Verhandlungen mit dem RVR

Erörterung

Herr Jasperneite stellt fest, dass die Vorlage hinsichtlich der Perspektiven bei dem Verbleib im RVR leider sehr vage bleibe. So stelle sich für ihn die Frage, welche finanziellen Auswirkungen die Beseitigung des aktuellen Investitionsstaus beim RVR oder auch die Übernahme der regionalen Flächennutzungsplanung durch den RVR im kommenden Jahr auf den Kreis Unna habe. Klar sei, dass man bei einem Verbleib im RVR diesen deutlich mehr in die Verpflichtung nehmen sollte, für das östliche Ruhrgebiet und damit auch den Kreis Unna mehr zu tun.

Frau Cziehso betont, sie sehe den Übergang der Regionalplanung auf den RVR nicht nur unter finanziellen Aspekten sondern auch vor dem fachlichen Hintergrund. Dementsprechend sollte man sich im kommenden Jahr sehr ausführlich mit diesem Thema beschäftigen.

Herr Senkel weist darauf hin, dass die Regionalplanung zwar in die Zuständigkeit des RVR wechsele, die Finanzierung aber weiter über die Bezirksregierung in Arnsberg erfolge. Aus seiner Sicht sei dies eine sehr schwierige Situation. Ansonsten zeigt er sich erfreut über die intensive Diskussion in den politischen Gremien des Kreises seit Dezember 2007 wie auch die Gespräche mit den Spitzen des RVR unter Beteiligung der Fraktionen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt Frau Hosang die zwischenzeitlich geführten Gespräche mit dem RVR, auch wenn die Ergebnisse derzeit noch nicht befriedigend seien. Sie wünsche, dass der Landrat im Sinne des Kreistages diese Gespräche fortführe mit dem Ziel einer erheblich stärkeren Wahrnehmung durch den RVR. Dieser müsse den Kreis davon überzeugen, dass es Sinn mache, Mitglied beim RVR zu bleiben. Denn gerade beim Übergang der Planungshoheit auf den RVR sei es problematisch, dort nicht mehr mitreden zu können.

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3

141/08

Vorlage der Jahresrechnung 2007

Erörterung

Herr Klostermann stellt fest, dass die Jahresrechnung hinsichtlich des Budget 50 eine enorme Abweichung um rund 4 Millionen Euro aufweise. Dies zeige aus Sicht seiner Fraktion, dass das Budget trotz einiger sicher vorhandenen Sonderfaktoren zu eng kalkuliert sei. Deshalb müsse man zukünftig darauf achten, mehr Spielraum einzubauen, um auf unerwartete Entwicklungen reagieren zu können.

Herr Wiggermann unterstützt Herrn Klostermann in seinem Bestreben um eine realistischere Darstellung des Budgets. Ein wichtiger Grund für die Abweichung liege darin, dass man in der Vergangenheit die schlechte Lohnstruktur im Kreis Unna einfach unterschätzt habe. Trotz nachweislich guter Vermittlungserfolge sei kein Rückgang bei den Kosten der Unterkunft zu verzeichnen gewesen. Mehrere tausend Menschen müssten trotz Vollzeitbeschäftigung noch Leistungen in Anspruch nehmen.

Herr Kreisdirektor Stratmann ergänzt, dass bei dem in der Jahresrechnung zu verbuchenden Minus von 6,2 Millionen Euro rund 4,4 Millionen auf Mindereinnahmen aus dem Wohngeldentlastungsgesetz beruhten. Der vom Land geänderte Verteilungsmaßstab bei der Erstattung des Wohngeldes habe zu einer extremen Benachteiligung unter anderem des Kreises Unna geführt. Neben der Kürzung des vergangenen Jahres sei der diesjährige Ansatz von 2,2 Millionen wiederum hinfällig, da nach dem aktuell vorliegenden Bewilligungsbescheid die Fördersumme auf 0 gesetzt worden sei. Eine solche Benachteiligung bei den Landeszuweisungen sei doch kaum noch zu kompensieren.

Beschluss

Die am 01.09.2008 aufgestellte und vom Landrat festgestellte Jahresrechnung 2007 (einschließlich Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

118/08

Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna
zu den Stichtagen 01.01.2007 und 01.01.2008

Der Kreistag nimmt die Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna zu den Stichtagen 01.01.2007 und 01.01.2008 zur Kenntnis.

Punkt 5

Budgetbericht

Punkt 5.1

108/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2008

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass Ausgangspunkt der Budgetbericht vom 30.06. gewesen sei. Man habe dort im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltes 2008 festgestellt, dass im Bereich des Wohngeldentlastungsgesetzes dem Haushaltsansatz von 2,2 Millionen Euro eine im Förderbescheid angekündigte Nullzahlung gegenüberstehe. Außerdem sei im Sozialetat insbesondere durch die Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft, der Krankenhilfe sowie der Hilfe zu Pflege ein Mehraufwand von 2,7 Millionen Euro zu verzeichnen gewesen. Als Reaktion auf diese finanzielle Entwicklung habe er sofort eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt, die zu einem Minderaufwand von rd. 1,4 Millionen Euro führen solle. Weiterhin habe der Regierungspräsident im Rahmen der Genehmigung des Haushaltes 2008 die Darlehensaufnahme von 13,9 auf 9,9 Millionen Euro verringert. Hierauf habe die Verwaltung reagiert und eine Investitionsliste erarbeitet, die die zeitliche Verschiebung einiger Maßnahmen vorsehe, um den vom Regierungspräsidenten vorgegebenen Rahmen wieder einhalten zu können. Zusätzlich habe die Verwaltung in der Vorlage 146/08 weitere Einsparvorschläge dargestellt, über die die Politik zu entscheiden habe. Auch hier gehe es um zeitliche Verschiebungen bereits beschlossener Maßnahmen, um in diesem Jahr eine weitere Million Euro einzusparen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die auf Seite 8 der Sitzungsvorlage Nr. 146/08 bezifferten Einsparmöglichkeiten im Fachbereich Arbeit und Soziales nicht 40.000 sondern 214.290 Euro betragen würden. Die Gesamtsumme sei allerdings stimmig. Hinsichtlich der weiteren Beratung schlägt er vor, sämtliche Unterpunkte zum Tagesordnungspunkt 5 an dieser Stelle gemeinsam zu diskutieren.

Frau Cziehso erklärt für die SPD-Fraktion, dass man das Vorgehen der Verwaltung für planmäßig halte und mit den zur Verfügung gestellten Unterlagen eine gute Diskussionsgrundlage habe. Die Liste des Landrates im Rahmen des Haushaltes sehe sie als Darstellung des Möglichen an, über die die Politik jetzt entscheiden müsse. Anschließend erläutert sie den Antrag der SPD-Fraktion zu Punkt 5.3 (149/08) und betont, dass ihre Fraktion der WFG selbstverständlich die mit Kreistagsbeschluss vom 11. März 2008 vereinbarten 5 Millionen

Euro zur Verfügung stellen wolle. Es gehe hier um eine Splittung, da die WFG in diesem Jahr lediglich 2,6 Millionen Euro benötige und man den Restbetrag besser für die wichtigen Investitionsmaßnahmen in Kamen, Bönen und Schwerte verwenden solle. Zur Einsparliste der Verwaltung stellt Frau Cziehso fest, dass diese aufgrund der Haushaltssituation notwendig sei. Für ihre Fraktion gebe es allerdings drei Punkte, bei denen man einer Verschiebung ins kommende Jahr nicht zustimmen werde. Hierbei gehe es erstens um die Schuldnerberatung, in der der Beratungsdruck immens groß sei. Zum Zweiten drohe im Bereich der Verbraucherberatung ein Vakuum, wenn der Beschluss nicht kurzfristig umgesetzt werde. Als Drittes sei das Projekt Klasse 2000 zu nennen, das ein langgehegtes und äußerst wichtiges Anliegen aus dem Gesundheitsbereich sei. Zum Sozialticket erinnert Frau Cziehso daran, dass der Kreistagsbeschluss unter der Annahme gefasst worden sei, die Haushaltsauswirkungen durch das Sozialticket würden bei Null liegen. Nach den Erfahrungen der Stadt Dortmund bzw. den Nachberechnungen der Verwaltung sei nicht auszuschließen, dass Kosten bis zu einer halben Million Euro auf den Kreis Unna zukommen könnten. Zudem interessiere sich jetzt auch noch die Kommunalaufsicht für das Thema und werde das Sozialticket einer Überprüfung unterziehen. Die Haushaltsauswirkungen könne man nicht einfach weg diskutieren, auch wenn die SPD-Fraktion das Sozialticket grundsätzlich wünsche. Deshalb sei man – wie vom Landrat vorgeschlagen – bereit, die Einführung des Tickets auf 2009 zu verschieben, mit der Kommunalaufsicht das Thema zu klären und außerdem interfraktionell Gespräche hierzu zu führen.

Frau Hosang betont, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es - auch mit Blick auf den Budgetbericht - wichtig, dass es eine Intensivierung der Arbeit in der ARGE und auch in der WFG gebe. Zur Vorlage 146/08 habe ihre Fraktion viele Bedenken, die sich auf die unter Nr. 2 zu beschließende Einsparliste beziehen würden. So gebe es in den Bereichen Verbraucherberatung, Frühförderung, Familienhebammen und Sozialticket gültige Beschlusslagen aus der Kreistagssitzung im März 2008. Es sei aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar, dass es hier noch keine Ansätze der Verwaltung zur Umsetzung dieser Beschlüsse gebe. Es gehe um Dienstleistungen insbesondere für Familien und bedürftige Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna. Entsprechend bestehe ihre Fraktion auf einer Umsetzung dieser Beschlüsse. Auch dem SPD-Antrag werde ihre Fraktion nicht folgen, da er nicht nur einen bestehenden Haushaltsbeschluss kippe, sondern das Geld für Investitionen vorsehe, die die Verwaltung für das Jahr 2008 freiwillig auf Null gesetzt habe.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Jasperneite mit, dass man die Nr. 1 des Beschlussvorschlages mittragen werde, hinsichtlich der sonstigen Einsparungen der Verwaltung in dieser Form allerdings nicht folgen könne. Er stelle sich die Frage, warum intensiv während der Haushaltsberatungen um entsprechende Beschlüsse gerungen würde, wenn kaum ein halbes Jahr später diese Entscheidungen wieder zur Disposition gestellt würden. Zum Sozialticket gehe seine Fraktion davon aus, dass dieses nicht nur auf der Verwaltungsebene abgehandelt sondern auch politisch begleitet werde. Nach seinem parlamentarischen Verständnis solle das Thema im Sozial- und Planungsausschuss beraten und ggfls. modifiziert werden, um es anschließend zu einer Beschlussfassung zu bringen, die dann Geld kosten könne, nach der derzeitigen Beschlusslage aber kein Geld kosten solle. Den SPD-Antrag werde man ebenfalls ablehnen, da es nicht sinnvoll sei, die geringeren Schulden auf der anderen Seite wieder für Investitionen einzusetzen.

Herr Senkel weist darauf hin, dass gerade mit Blick auf das Vorziehen der Haushaltsberatung 2009 ein Verschieben der Maßnahmen nicht unproblematisch sei. Am 11. März habe man Beschlüsse mit Schwerpunkten

gefasst, die nicht denen von SPD und Verwaltung entsprochen hätten. Sicherlich sei es notwendig, auf die finanzielle Entwicklung zu reagieren. Es sei aus seiner Sicht aber auffällig, dass mit der Vorlage ausgerechnet die mit Mehrheit von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gefassten Beschlüsse verschoben würden. Entsprechend werde man die Nr. 2 des Beschlussvorschlages ablehnen. Dem SPD-Antrag werde seine Fraktion nicht folgen, da es der FDP sehr wichtig gewesen sei, der WFG ein Liquiditätsdarlehen über die 5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Herr Kreisdirektor Stratmann betont, dass nach der Liste Einsparungen „querbeet“ und ohne Bezug auf die Haushaltsbeschlüsse 2008 vorgeschlagen würden. Die Entscheidung über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen habe, so Herr Kreisdirektor Stratmann weiter, die Politik zu treffen. Er weist zudem darauf hin, dass die Fachverwaltung die im März gefassten Beschlüsse trotz des nicht genehmigten Haushaltes selbstverständlich weiter vorbereitet habe.

Herr Mork kritisiert das von der Verwaltung vorgelegte Zahlenwerk zum Sozialticket. Es habe keinerlei politische Vorberatungen gegeben. Auch würden Einschätzungen in den Raum gestellt, die mit Umfragen untermauert würden; konkrete Zahlen dazu gebe es aber nicht. Seine Fraktion stelle die von der Verwaltung aufgemachte Rechnung in Abrede. Vielmehr glaube man immer noch den Annahmen, die der Beschlussfassung von März 2008 zugrunde liegen würden. Da das Sozialticket sowohl eine gesellschaftspolitische als auch eine arbeitsmarktpolitische Relevanz habe, sollte dieses nunmehr auch umgesetzt werden. Da es derzeit noch keine Erfahrungswerte gebe, sollte nach sechs Monaten eine Kostenbetrachtung erfolgen, um dies mit dem Regierungspräsidenten zu besprechen und ggfls. notwendige Änderungen vorzunehmen.

Herr Landrat Makiolla fasst die Beschlusslage des Kreistages zum Sozialticket so zusammen, dass das Sozialticket von der Kreisverwaltung unverzüglich zum nächst möglichen Termin einzuführen sei.

Zum WFG-Darlehen schlägt Herr Gabriel vor, die 5 Millionen Euro komplett zu gewähren. Dazu solle allerdings der Altkredit aus 2007 in Höhe von rd. 2,2 Millionen Euro mitgenutzt werden. Als Folge wären entsprechende Mittel frei, wodurch die komplette Streichliste von 1,4 Millionen Euro überflüssig werde.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass die WFG das Darlehen in Projekten gebunden hätte, so dass sie das Geld nicht einfach zurückgeben könne. Die einzige Möglichkeit bestünde darin, das Darlehen zu kündigen, was zu einer Liquiditätskrise und eventuell zur Insolvenz der WFG führen würde.

Herr Landrat Makiolla betont, dass ein solches Vorgehen dem Kreistagsbeschluss vom März 2008 widersprechen würde. Der Betrag in Höhe von fünf Millionen Euro sollte zusätzlich zu den der WFG bereits in der Vergangenheit gewährten Darlehen geleistet werden.

Die Gruppe DIE LINKE. bittet trotzdem um Abstimmung über diesen Änderungsantrag zur Sitzungsvorlage Nr. 146/08. Es ergeht folgender

Beschluss

Das der WFG bereits gewährte Darlehen von rd. 2,2 Millionen Euro soll nicht als freie Kapitalrücklage in der

WFG verbleiben sondern durch eine Aufstockung um 2,78 Millionen Euro als Neudarlehen über 5 Millionen Euro an die WFG gehen. Gleichzeitig wird die in der Sitzungsvorlage Nr. 146/08 enthaltene Einsparungsliste (Punkt 3.1) gestrichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der Gruppe DIE LINKE., 3 Enthaltungen)

Der Budgetbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2

146/08

Ergänzung des Budgetberichtes zum Stichtag 30.06.2008

- Anpassung der Investitionsplanung 2008
- Wirkungen der haushaltswirtschaftlichen Sperre des Kämmers
- zusätzliche Einsparmöglichkeiten im Haushalt 2008

Erörterung

Da die SPD-Fraktion die Verschiebung der Straßenbaumaßnahmen K 40 n, K 35 und K 10 n nicht mitträgt, wird eine getrennte Abstimmung bei Nr. 1 des Beschlussvorschlages vereinbart.

Auf Vorschlag der Fraktionen wird zudem vereinbart, bei Nr. 2 des Beschlussvorschlages die dargestellten Maßnahmen in den Budgets 50 bis 53 einzeln zur Abstimmung zu stellen.

Es ergehen zu Tagesordnungspunkt 5.2 und 5.3 folgende

Beschlüsse

zu TOP 5.3 (Änderungsantrag der SPD-Fraktion – 149/08)

Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Unna mbH wird ein Darlehen von 2,6 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2008 zur Verfügung gestellt werden. Weitere 2,4 Mio. Euro werden als Darlehen 2009 bereitgestellt, so dass die ursprünglich durch Kreistagsbeschluss vorgesehene Summe von 5 Mio. Euro erreicht wird.

Der Differenzbetrag zwischen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Darlehenssumme (3,5 Mio. Euro) über 900.000 Euro wird wie folgt verwandt:

- 300.000 Euro K 40n Südkamener Str./Kamen (Gründerwerb) – Projektgruppe 60.02 – Nr. 6000-07-02
- 300.000 Euro Neubau K 35 Poilstr./Bönen (Gründerwerb/Anlage in Bau) Produktgruppe 60.02 - Nr. 6002-07-03
- 300.000 Euro Neubau K 10n/Schwerte (Gründerwerb) – Produktgruppe 60.02 – Nr. 6002-07-07

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, Enthaltung der Gruppe DIE LINKE.)

zu TOP 5.2

1. Anpassung der Investitionsplanung (Nr. 1 des Beschlussvorschlages der Sitzungsvorlage Nr. 146/08)

a) Der Kreistag beschließt die in der Anlage 1 vorgeschlagenen Veränderungen der für den Haushalt 2008 geplanten Investitionen mit Ausnahme der K 40 n, der K 35 und der K 10 n.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (Enthaltung der Gruppe DIE LINKE.)

b) Der Kreistag beschließt die Änderung der für den Haushalt 2008 geplanten Investitionen hinsichtlich der K 40 n, der K 35 und der K 10 n (S. 5 der Anlage 1).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe DIE LINKE.)

2. Der Kreistag beschließt die in der Anlage 1 unter Ziff. 3.1 vorgeschlagenen Einsparungen im Ergebnishaushalt 2008 (Nr. 2 des Beschlussvorschlages der Sitzungsvorlage Nr. 146/08)

2.1 bezogen auf die Budgets 01, 32, 40 und 41.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE., eine Enthaltung)

2.2 bezogen auf das Budget 50

Auf Wunsch der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 15.55 bis 16.10 Uhr unterbrochen.

a) Verschiebung der Einführung des Sozialtickets auf den 01.01.2009

Abstimmungsergebnis

einstimmig abgelehnt (Enthaltung der SPD-Fraktion)

b) Verschiebung des Zuschusses an die Schuldnerberatung

Abstimmungsergebnis

einstimmig abgelehnt

c) Verschiebung der Bezuschussung für die Verbraucherberatungen

Abstimmungsergebnis

einstimmig abgelehnt (1 Enthaltung FDP-Fraktion)

d) Verschiebung der Auszahlung des Zuschusses zur Finanzierung einer zusätzlichen Stelle bei der Frühförderstelle auf den 01.01.2009

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

e) Zuschuss an die WFG zur Förderung von Beschäftigungspotentialen von Frauen im Kreis Unna („Frau und Beruf“)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

2.3 bezogen auf das Budget 51

Zahlung von geringeren Zuschüssen an Betreuungsvereine durch geänderte Förderrichtlinien (Allg. Kreisumlage)

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

2.4 bezogen auf das Budget 53

a) Verschiebung des Einstellungstermins für die Familienhebammen auf 2009

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

b) Verzicht auf die Durchführung der Verbraucherschutzkampagne Ende 2008/Anfang 2009

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen SPD, 1 Enthaltung FDP)

c) Verschiebung der vorgesehenen Renovierung des Gesundheitshauses in das Jahr 2009

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (6 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen)

d) Einsparung von Unterhaltungsaufwendungen in Folge der Stilllegung der Röntgenanlage

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

e) Verzicht auf Förderungen im Rahmen des Projektes „Klasse 2000“ im Schuljahr 2008

Abstimmungsergebnis

einstimmig abgelehnt (1 Enthaltung FDP-Fraktion)

2.5 bezogen auf das Budget 60

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass das Einsparergebnis nach den gerade gefassten Beschlüssen 809.000 Euro betrage.

Punkt 5.3

149/08

Investitionsplanung für den Haushalt 2008 (DRSNr. 124-1/08)

- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008

Punkt 6

147/08

Verbesserung der Finanzausstattung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Erörterung

Frau Cziehso bittet um getrennte Abstimmung. Die WFG benötige im laufenden Jahr lediglich einen Betrag von 2,6 Millionen Euro, so dass ihre Fraktion gegen den Beschlussvorschlag zu Nr. 1 stimmen werde.

Herr Senkel stellt fest, dass es hier um eine größere Liquidität der WFG gehe. Diese sei dringend erforderlich, da es um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Belebung der Wirtschaft in der heimischen Region gehe.

Auf Frau Hosangs Hinweis, dass es hier eine bestehende Beschlusslage gebe, erinnert Herr Landrat Makiolla daran, dass der Regierungspräsident in Arnberg den Kreditrahmen gekürzt habe. Der Kreis sei deshalb nicht in der Lage, in diesem Jahr 5 Millionen Euro auszusahlen. Dies gelte um so mehr nach den unter Tagesordnungspunkt 5 gefassten Beschlüssen.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass Politik nicht beurteilen könne, wann die WFG das Geld konkret benötige. Eine zentrale Forderung seiner Fraktion sei, die WFG zeitnah mit den Mitteln auszustatten, um die Realisierung wichtiger Projekte nicht zu gefährden. Mit Blick auf die aktuellen Haushaltsprobleme könne die CDU dann der Vorlage zustimmen, wenn die Verwaltung zusichere, dass man das Geld der WFG bei Bedarf zeitnah zur Verfügung stelle.

Herr Gabriel verweist auf seinen Vorschlag zum vorherigen Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass die Gruppe DIE LINKE dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen werde.

Nach kurzer Diskussion macht Herr Kreisdirektor Stratmann noch einmal deutlich, dass einige Investitionen bereits getätigt worden seien. Der Betrag von 3,5 Millionen Euro stelle die Summe dar, die rein rechnerisch von dem gekürzten Kreditrahmens noch übrig geblieben sei.

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 dahin gehend modifiziert, dass der WFG ein Betrag in Höhe von 3,5 Mio. Euro für 2008 und 1,5 Mio. Euro für 2009 zur Verfügung gestellt würden.

Beschluss

1. Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) wird zur Stärkung ihrer Finanzkraft ein Betrag in Höhe von 3,5 Mio. Euro für 2008 und 1,5 Mio. Euro für 2009 in Form einer für den Kreis Unna vertraglich gesicherten freien Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Landrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge abzuschließen sowie ein Darlehen hierfür aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der SPD-Fraktion und DIE LINKE., 1 Enthaltung DIE LINKE.)

2. Das der WFG mit Vertrag vom 17.01.2007 zur Verfügung gestellte Darlehen über 2.215.440,75 Euro wird in eine für den Kreis Unna vertraglich gesicherte freie Kapitalrücklage umgewandelt. Der Landrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (1 Gegenstimme DIE LINKE., 1 Enthaltung DIE LINKE.)

Punkt 7

116-1/08

Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass für den Amtsgerichtsbezirk Lünen anstelle von Herrn Hans-Jörg Piasecki Herr Dirk Ostendorf gewählt werden solle.

Herr Jasperneite ergänzt, dass anstelle seiner Person Herr Heinz Piehl für den Amtsgerichtsbezirk Lünen gewählt werden solle, da er selbst an der Sitzung aufgrund des festgesetzten Termins nicht teilnehmen könne.

Beschluss

In den Ausschuss zur Wahl der Schöffen/Schöffinnen und Jugendschöffen/-schöffinnen für die Amtsperiode 2009 bis 2013 werden für die jeweiligen Amtsgerichtsbezirke folgende Vertrauenspersonen gewählt:

Für den Amtsgerichtsbezirk Kamen:

1. Kerak, Wolfgang
2. Wiggermann, Martin
3. Dydurch, Marion
4. Plath, Martina
5. Krause, Helmut
6. Kiel, Elsbeth
7. Schneider, Anke

Für den Amtsgerichtsbezirk Lünen:

1. Cziehso, Brigitte
2. Ostendorf, Dirk
3. Löhr, Mario
4. Ebner, Jörg-Uwe
5. Piehl, Heinz
6. Bremerich, Günter
7. Lenkheit, Silke

Für den Amtsgerichtsbezirk Schwerte:

1. Engelhardt, Bernd
2. Isenberg, Claudia

Für den Amtsgerichtsbezirk Unna:

1. Steffen, Heinz
2. Lindstedt, Ursula

3. Freistühler, Hubert
4. Paul, Klaus-Jürgen
5. Dörner, Peter
6. Giedinghagen, Ute
7. Hosang, Andrea

3. Teumert, Walter
4. Gebhard, Claudia
5. Barrenbrügge, Wolfgang
6. Sopora, Ursula
7. Bangert, Hans-Ulrich

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

139/08

Ersatzwahlen

Wahl

Herr Gerhard Meyer wird als ordentlicher sachkundiger Bürger in den Bau- und Technikausschuss berufen.

Weitere Ersatzwahlen:

Gremium	Ordentliches Mitglied	Stellv. Mitglied
Altenzentrum des Evangelischen Perthes-Werkes e.V. Münster in Kamen – Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
ARGE Kreis Unna – Lenkungsausschuss	Norbert Diekmännken	-----
AWO-Seniorenzentrum in Bönen – Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
AWO-Seniorenzentrum in Lünen-Brambauer - Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
AWO-Seniorenzentrum in Schwerte-Holzen - Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
AWO-Seniorenzentrum in Unna - Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
Caritas-Altenzentrum St. Norbert in Lünen - Kuratorium	Rüdiger Sparbrod	Norbert Diekmännken
Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet e.V. - Mitgliederversammlung	Rüdiger Sparbrod	-----
Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH – Aufsichtsrat	-----	Norbert Hahn

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 9

120/08

Beschluss

Der Neufassung der Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten nach dem SGB II und SGB XII wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 10

121/08

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beauftragt den Landrat, die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen zu unterzeichnen. Damit dokumentiert der Kreis Unna, dass er sich für die Umsetzung der von der Bundesregierung getragenen Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen einsetzt und das bisherige erfolgreiche Engagement in diesem Arbeitsfeld fortsetzt. Die Unterzeichnung soll anderen Institutionen, Trägern von Diensten und Einrichtungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und sozial Engagierten im Kreis Unna weiter Mut machen, sich mit den Rechten hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und der Ausgestaltung würdevoller Pflege aktiv auseinander zu setzen. Allen Anbietern ambulanter und stationärer Pflegedienste wird ebenfalls die Unterzeichnung der Charta empfohlen. Dem zuständigen Fachausschuss wird regelmäßig Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der CDU-Fraktion, Enthaltung der FDP-Fraktion)

Punkt 11

123/08

Regionale arbeitsmarktpolitische Kompetenz sichern und ausbauen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2008

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt wirft die Frage auf, wie mit Blick auf die neue SGB II-Regelung Arbeitsmarktpolitik im Kreis Unna künftig aussehen sollte. Dabei dürfe es nicht nur bei diesem Appell bleiben, denn die Diskussion müsse in Berlin geführt werden, um noch Veränderungen am Referentenentwurf zu erreichen. Wenn dies nicht gelinge, werde es eine zentralistische Durchführungsverordnung geben, die kaum Raum für kommunale und regionale Arbeitsmarktpolitik biete.

Herr Wiggermann weist ergänzend darauf hin, dass dringend Fördermöglichkeiten für Personen sichergestellt werden müssten, die durch alle Raster fielen. Es sei jeder gefordert, seine Kontakte über alle Ebenen und fraktionsübergreifend nutzen, um noch Einfluss auf die Entscheidung in Berlin nehmen zu können.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna fordert den Landrat des Kreises Unna auf, sich gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales für eine sachgerechte Ausgestaltung des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Referentenentwurf) in Bezug auf die Dimension und Ausgestaltung der Freien Förderung und die Vergabepaxis einzusetzen.

Die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Unna werden gebeten, sich ebenfalls für die Änderung des Referentenentwurfes einzusetzen.

Der Kreistag schlägt vor, dass der geplante „Experimentiertopf“ nach § 16f SGB II eine Neuausrichtung erfährt, damit nicht nur die Erprobung von innovativen Maßnahmen, sondern auch eine Verstetigung erfolgreicher Integrationsmaßnahmen für SGB II-Beziehende möglich werden und für die ARGE Kreis Unna die vor Ort erforderlichen Gestaltungsmöglichkeiten enthalten bleiben, die eine Anpassung an die regionalen Gegebenheiten erlauben. Zudem ist anzustreben, dass zukünftig ein Anteil von mindestens 10 % für Gruppenmaßnahmen mit bedarfsgerechten Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beratungsangeboten im Rahmen der Freien Förderung am Gesamtvolumen des jährlichen Eingliederungstitels des SGB II-Trägers bereitgestellt werden können, damit die heterogene Struktur und die unterschiedlichen Problemlagen der Mitbürger im SGB II-Bezug berücksichtigt werden können, die nicht gänzlich durch ein Regelinstrumentarium abgedeckt werden können.

Der Kreistag setzt sich für den Erhalt einer vitalen Struktur der Bildungsträger für arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen ein: Die Aufnahme von Vorschriften zur Anwendung des Vergaberechts für alle Förderinstrumente im SGB II (z.T.i.V.m. dem SGB III) kann nicht nachvollzogen werden. Die Träger der Grundversicherung für Arbeitsuchende bewegen sich auf dem Boden des geltenden Rechts; dies gilt auch für das Vergaberecht. Spezielle Regelungen im Gesetz sind daher nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der CDU-Fraktion, Enthaltung von FDP, DIE LINKE. und STATT-Partei)

Punkt 12

131/08

Änderung der Satzung des Jugendamtes

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist auf eine in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vereinbarte redaktionelle Änderung des § 3 Abs. 3 Satz 1 in der Satzung hin, dessen Neufassung nun lautet: Das Jugendamt **arbeitet eng zusammen** mit den Träger der freien Jugendhilfe und allen örtlichen Stellen, die sich mit Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sowie der Familie befassen.

Beschluss

Die in der als Anlage 1 beigefügten Synopse dargestellte Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Kreises Unna wird mit der vereinbarten Änderung des § 3 Abs. 3 Satz 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

153/08

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) zur Finanzierung der „Koordinationsstelle Frau und Beruf“

Erörterung

Frau Müller-Hinz erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Realisierung des vorliegenden Tagesordnungspunktes ihnen besonders am Herzen liege. Man wolle die „Koordinierungsstelle Frau und Beruf“ möglichst schnell nachhaltig und erfolgreich auf den Weg bringen. Allerdings enthalte die Vereinbarung in Ziff. 2 aus Sicht ihrer Fraktion eine fehlerhafte Darstellung: Der Kreistagsbeschluss beziehe sich auf die Finanzierung einer Stelle und nicht, wie in der Anlage dargestellt, auf eineinhalb Stellen. Es sei sicher löblich und begrüßenswert, wenn die WFG noch mehr tun wolle; dies beziehe sich aber nicht auf den genannten Kreistagsbeschluss und müsste entsprechend aus anderen Zuwendungen finanziert werden. In der Vereinbarung und in der Anlage werde von einer Stelle für die sog. Säule 1 „Koordination und Steuerung“ gesprochen und von einer halben Stelle für die sog. Säule 2 „Projekt Wissens- und Kompetenzmanagement“. Der Text, über den jetzt abgestimmt werden sollte, müsste entsprechend in der Ziff. 2 wie folgt geändert werden: **„Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung dieser Stelle ist der in der Anlage (bzw. Säule 1) dargestellte Aufgabenbereich“**. Nicht erinnerlich sei ihr ein im Text sog. „...in den o. g. Sitzungen verabschiedetes Zukunftsmodell zur Förderung der Beschäftigungspotentiale von Frauen im Kreis Unna“, es sei denn, dass damit die Ergebnisse des Zukunftsdialoges gemeint seien. Auch das Säulenmodell sei nicht ganz treffend, da es sich zwar stark und bedeutend anhöre, aber nicht über inhaltliche Schwächen hinwegtäuschen könne. Vielmehr fehle ein Stück weit die frauenspezifische Konkretisierung und Orientierung, was die besondere frauenpolitische Kompetenz der Regionalstellen ausmache. Insgesamt sei man aber davon überzeugt, dass auch durch eine enge Begleitung und Unterstützung in den Fachausschüssen und im Kreistag Aufgabenstellung und -erfüllung sich zunehmend an den politischen Notwendigkeiten orientieren und den Handlungsrahmen der WFG innovativ erweitern würde. Zu den Anlagen weist Frau Müller-Hinz darauf hin, dass zum Einen die sog. ISF- und EFRE-Mittel nicht mehr aktuell seien und Zweitens die Möglichkeit für individuelle Beratungen so weit wie möglich erhalten bleiben sollten. Grundsätzlich wolle man aber positive Unterstützung signalisieren, damit die dafür geeigneten Personen endlich starten könnten: die Frauen, die das Projekt umsetzten und die, die davon profitieren würden.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Frau Cziehso die Besetzung der Stelle und erinnert daran, dass man sich in den Haushaltsberatungen 2009 dringend mit der Verlängerung des Projektes beschäftigen müsse.

Herr Landrat Makiolla erklärt, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Änderung zu übernehmen.

Beschluss

Dem als Anlage beigefügten Entwurf der Vereinbarung zur Finanzierung der „Koordinationsstelle Frau und Beruf“ zwischen dem Kreis Unna und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH wird mit der in der Sitzung verabredeten Änderung in Ziffer 2 des Vereinbarungstextes zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

142/08

Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes im Zuge der B 236, der L 835 und der K 6 in Selm
- Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Stadt Selm

Beschluss

Der Landrat wird ermächtigt, die beigefügte Vereinbarung zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

102/08

Landschaftsplan Nr. 8 „Raum Unna“

Prüfung der während des eingeschränkten Beteiligungsverfahrens vorgebrachten Anregungen und Bedenken sowie Satzungsbeschluss

Erörterung

Frau Niemann erklärt, dass es durch das Landschaftsgesetz seit nunmehr 30 Jahren die gesetzliche Verpflichtung für Kreise und kreisfreien Städte zur Aufstellung von Landschaftsplänen gebe. Dem Kreis Unna gelinge es mit dem zur Abstimmung stehenden Beschluss, diese Verpflichtung flächendeckend umgesetzt zu haben. Damit habe man nicht nur die Außenbereiche der Kommunen bzw. die Flächen außerhalb des Geltungsbereiches von Bebauungsplänen überplant, sondern gleichzeitig einen ganz wichtigen Beitrag zum Klimaschutz im Kreis Unna geleistet. Bisher sei rund die Hälfte der Landschaftspläne - angefangen durch die Anpflanzung von Baumalleen und Gehölzstreifen bis hin zur Anlage kleinerer Stillgewässer – umgesetzt worden. Wichtig sei aus ihrer Sicht, dass die Finanzierung für diese Maßnahmen gesichert sei.

Beschluss

1. Der Kreistag nimmt die während der **eingeschränkten Beteiligung** gem. § 27 c Abs. 2 Satz 2 Landschaftsgesetz zum Entwurf des Landschaftsplanes Nr. 8 „Raum Unna“ vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise zur Kenntnis und beschließt die Prüfungsergebnisse, die in der Anlage als „Stellungnahme der Verwaltung mit Beschlussvorschlag“ zum Ausdruck kommen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Einwender von diesem Ergebnis zu unterrichten.
3. Auf der Grundlage der vorstehenden Beschlüsse zu 1. sowie der Beschlüsse zu den Einwänden aus der öffentlichen Auslage (s. Drucksache Nr. 013/08) beschließt der Kreistag aufgrund des § 16 Abs. 2 des LG in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2007 (GV. NRW. S. 226) und der §§ 5 und 26 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 647) den Landschaftsplan „Unna“, bestehend aus Karten- und Textteil sowie Erläuterungen (Anlage), als **Satzung**.
4. Der Landrat wird beauftragt, den Landschaftsplan „Unna“ der Bezirksregierung anzuzeigen.

Die Anregungen, Bedenken und Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und dem eingeschränkten Beteiligungsverfahren, die nicht berücksichtigt wurden, sind der Anzeige beizufügen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

136/08

Klimaschutzprogramm

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass im Kreisausschuss der Beschlussvorschlag dahingehend geändert worden sei, die Konferenz zur regionalen Kooperation „spätestens bis zum Frühjahr 2009“ auszurichten. Weiterhin werde er auf Anregung von Frau Cziehso im Kreisausschuss den Kreis-Gesellschaften vorschlagen, sich dem Klimaschutzprogramm anzuschließen.

Frau Hosang begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vorlage und hierbei insbesondere die regionale Klimaschutzkonferenz mit allen wichtigen Akteuren im Kreis Unna. Dort könne man beispielsweise gemeinsam diskutieren, ob man Dämmschutzmaßnahmen an Altbauten fördern und damit langfristig Kosten bei der Unterkunft sparen könne.

Herr Teumert erklärt für die SPD-Fraktion, dass er froh über die einhellige Unterstützung des Klimaschutzprogrammes durch den Kreistag sei. Er dankt der Verwaltung, nicht nur Informationen aufgelistet sondern auch Perspektiven aufgezeigt zu haben, was man mit diesem Programm erreichen könne.

Herr Landrat Makiolla verweist auf die auf Seite 11 der Vorlage dargestellte Beratungsinitiative energetische Altbausanierung, die in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft Hellweg und dem Kreis Soest am Montag als bundesweit erstes Beratungskonzept gestartet sei. Er sei zuversichtlich, dass man hier auf einem guten Weg sei. Das Projekt sei nicht nur umwelt- und sozialpolitisch ein großer Fortschritt sondern bilde gleichzeitig einen Baustein für die Förderung des heimischen Handwerks. Schließlich gehe es hier um ein potenzielles Investitionsvolumen von 35 Millionen Euro.

Beschluss

Der Kreistag nimmt den Jahresbericht 2007/2008 zur Klimaschutzinitiative des Kreises Unna zur Kenntnis.

Die Arbeiten werden fortgesetzt.

Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Berichtes im Herbst. d.J. eine Konferenz zur regionalen Kooperation beim Klimaschutz auszurichten, die insbesondere der Abstimmung mit den Städten und Gemeinden und den kommunalwirtschaftlichen Unternehmen dient.

Dem Natur- und Umweltausschuss wird weiter halbjährlich, dem Kreistag jährlich berichtet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 17

113/08

Bestellung eines Beschäftigten zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Herr Bertram Boekamp wird mit sofortiger Wirkung zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 18

152/08

Bestellung einer Kreisamtfrau zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Frau Kreisamtfrau Manuela Sauer-Dora wird mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 19

151/08

Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters gem. § 34 Abs. 1 FSHG

Beschluss

Gem. § 34 Abs. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung NRW (FSHG) wird Herr Alfred Krömer mit Wirkung vom 01. Oktober 2008 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Kreisbrandmeister des Kreises Unna ernannt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 20

„Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna“

- Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2008 -

Erörterung

Frau Hosang stellt fest, dass die Einstellung der Landesmittel zu Ende September bereits seit längerem feststehe. Die Arbeitslosenzentren hätten eine gute und sinnvolle Arbeit geleistet und auch sie hätte sich in Düsseldorf dafür eingesetzt, dass man neue Möglichkeiten finde. Ihre Fraktion werde dem Prüfauftrag zustimmen, da er die aus ihrer Sicht richtigen Fragen stelle. Allerdings stehe zu befürchten, dass vor Entwicklung entsprechender Lösungsmöglichkeiten vor Ort die bestehenden Strukturen bereits einbrechen würden.

Herr Jasperneite kritisiert, dass der Antrag keine konkreten Forderungen enthalte, sondern die Verwaltung nur auffordere, eine Situation im Vorfeld der Haushaltsberatungen zu klären, um das Thema zu diesem Zeitpunkt wieder aufzugreifen. Wenn es der SPD ernst gewesen wäre, hätte sie zum Tagesordnungspunkt 5 einen konkreten finanziellen Bedarf für die Unterstützung der Arbeitslosenzentren formulieren und entsprechende Einsparvorschläge an anderer Stelle im Haushalt benennen sollen. Trotzdem werde die CDU-Fraktion den Arbeitsauftrag unterstützen.

Herr Nadolski-Voigt erinnert an die durch das Land in den vergangenen Jahren vorgenommenen Kürzungen gerade bei der Arbeitsmarktpolitik. Deshalb solle man den Antrag unterstützen, um die Landesregierung in die Verantwortung zu nehmen.

Herr Ganzke berichtet, dass das Problem auch in der Sitzung des ARGE-Lenkungsausschusses thematisiert werde, um die Möglichkeiten auszuloten. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei der Beschluss ein wichtiges Signal für die Freien Träger, dass der Kreistag hinter ihrer Arbeit stehe.

Herr Senkel sieht hier an erster Stelle die ARGE gefordert. Diese Leistung sei keine Aufgabe des Kreises, sondern würde eine neue freiwillige Aufgabe darstellen und dürfe sich aus Sicht seiner Fraktion nicht im Haushalt niederschlagen.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beauftragt den Landrat vor dem Hintergrund der auslaufenden Landesfinanzierung zum 30.09.2008, im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 bis zur Einbringung des Haushalts am 16.12.2008 Vorschläge vorzulegen, wie die Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna gesichert werden kann.

Folgende Fragen können in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein:

- Wie kann sich die Angebotsstruktur und Arbeitsweise der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna entwickeln, damit diese weiterhin ein wichtiger Baustein der Selbsthilfestruktur darstellen?
- Wie sieht der bisherige Leistungsumfang der Arbeitslosenzentren aus und wie kann sich dieser unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen entwickeln? Wie hoch muss der potentielle und sächliche Aufwand sein, um ein ausreichendes Angebot vorzuhalten?

- Welchen Beitrag leistet die ARGE Kreis Unna zur Finanzierung der Arbeitslosenzentren?
- Welche Finanzierungsnotwendigkeiten bestehen darüber hinaus gegebenenfalls für den Kreis Unna?

Zur Klärung können u.a. Gespräche mit den Trägern der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna, mit der ARGE im Kreis Unna und mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden dienen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 21

Fragestunde für Einwohner

Herr Naujoks fragt an, ob man aufgrund der nicht absehbaren Länge der Kreistagssitzungen den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ nicht grundsätzlich an den Beginn der Tagesordnung setzen könne.

Herr Landrat Makiolla sichert zu, dieses Thema im Ältestenrat zu beraten.

Punkt 22

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Haushaltsberatungen 2009

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass die Einbringung des Haushaltes 2009 in der kommenden Kreistagssitzung erfolgen werde, wobei diese sei vom 2. Dezember auf den 16. Dezember verschoben worden. Die Verabschiedung des Haushaltes sei für den 27. Januar 2009 vorgesehen. Ab dem kommenden Jahr solle die Verabschiedung bereits im Dezember des Jahres erfolgen. Diese Eckpunkte, die auf einem Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beruhten, seien im Ältestenrat vereinbart worden.

Kreisausschuss- und Kreistagssitzungen

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass im Ältestenrat festgelegt worden sei, die Kreisausschusssitzungen ab dem Jahr 2009 auf den Montag vor der Kreistagssitzung zu legen. Dabei würde diese Sitzung künftig um 16.00 Uhr beginnen, die Sitzung des Kreistages werde auf 15.00 Uhr terminiert.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 23

101/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna

in Unna

- Vergabe der Rohbau- und Spezialtiefbauarbeiten -

Punkt 24

138/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna
in Unna

- Vergabe der Aufträge für die Lüftungs- und Elektroarbeiten -

Punkt 25

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen